

EDITORIAL

Fast ein halbes Jahrhundert lang, von 1945–1989/90, stand Europa im Zeichen des «Kalten Krieges», war der alte Kontinent politisch zweigeteilt. Das betraf auch die Kirchen und ihr Verhältnis zur staatlichen Gewalt. Nicht nur politisch ging der Riss mitten zwischen Ost- und Westeuropa hindurch. Auch im kirchlichen Bereich waren viele Brücken abgebrochen. Die Tradition geordneter Beziehungen zwischen Kirche und Staat – ein wichtiges Stück abendländischer Rechtskultur – schien im Osten endgültig verschüttet zu sein. Nur wenige rechneten damit, dass sich das eines Tages ändern könnte, dass der Kommunismus verschwinden würde, dass Europa wieder lernen könnte, «mit beiden Lungen zu atmen» (*Johannes Paul II.*).

Der Osten Europas bot in jenen Jahren ein relativ gleichförmiges Bild: die kommunistischen Regierungen hatten alle Konkordate und Kirchenverträge der Vorkriegszeit gekündigt und überall ein Regime der *Trennung* etabliert, das freilich nur die Fassade der alten, vor allem in den Ländern der Orthodoxie seit langem praktizierten Staatsherrschaft über die Kirche war. Vielfältiger war das Bild im Westen: hier reichte das Spektrum rechtlicher Ordnungen von den Staatskirchen des protestantischen Nordens und Nordwestens und des katholischen Südens bis zum Gegenpol des französischen Staatslaizismus – dazwischen lagen die zahlreichen, für Westeuropa typischen Systeme der *Koordination* (Schweiz, Österreich, die Benelux-Staaten, die Bundesrepublik Deutschland).

Die Wiedervereinigung Europas – seit 1989/90 im Gang und künftig mit der EU-Osterweiterung sich intensivierend und vertiefend – hat Ost- und Westeuropa nach Jahrzehnten der Trennung und Entfremdung wieder miteinander ins Gespräch gebracht. Menschen in Ost und West entdeckten in den letzten vierzehn Jahren vieles neu, was sie seit langer Zeit verbindet. Aber auch ausgeprägte Unterschiede wurden sichtbar. Die Kirchen leben seit den Ereignissen von 1989/90 im wiedervereinigten Europa unter den Bedingungen der Religionsfreiheit: die lange Kette der Religionsverfolgungen durch totalitäre Regime scheint beendet zu sein; die Kirchen müssen sich nicht mehr der Konkurrenz «politischer Religionen» erwehren. Aber das «größere Europa» hat für die Kirchen in Ost und West auch neue Herausforderungen gebracht: sie müssen sich aufs neue ihrer Identität versichern, auch im Verhältnis zu Nation und Staat; die ökumenische Zusammenarbeit muss auf neue Fundamente gestellt werden; und die Auseinandersetzung

mit der säkularen Kultur hat sich an vielen Orten eher verschärft. Die christlichen Kirchen sind aufgefordert, stärker als bisher in europäischen Kategorien zu denken und im Dialog neue Konzepte der Mission, der Evangelisierung zu entwickeln, die der Gefahr des Glaubensschwundes entgegenwirken. Der Weg dahin ist freilich nicht einfach, er erweist sich immer wieder als mühsam und steinig.

Dieses Heft versucht eine vorläufige Bilanz. Welche Entwicklungsperspektiven zeichnen sich ab? In welchem Zustand befinden sich die großen Kirchen Europas: die Orthodoxie, die Catholica, die Kirchen der Reformation, die anglikanische Kirchenfamilie? Wie ist das Zahlenverhältnis? Wie steht es mit den ökumenischen Beziehungen? Sind die Kirchen «europä-kompatibel» (*Ulrich Ruh*)? Und umgekehrt: Ist Europa sich seiner christlichen Vergangenheit und Gegenwart bewusst? Spiegelt sich etwas davon in den in Entstehung begriffenen Verfassungstexten?

Die Kirche lebt heute unter den Bedingungen einer säkularisierten Gesellschaft. Die volkshkirchlichen Prägungen verblassen mehr und mehr. Evangelisierung muss vor diesem Hintergrund neu bedacht werden (*Kurt Koch*). Was die veränderte Präsenz der Kirche für die Lösung – oder Nicht-Lösung – aktueller ethischer Konflikte bedeutet, arbeitet *Eberhard Schockenhoff* am Beispiel der Biopolitik heraus. Dass «Welt» und «Kirche» miteinander kooperieren, aber auch gegeneinander streiten können, ist nicht neu: schon im Zinsgroschengleichnis treten «Gott» und der «Kaiser» mit unterschiedlichen Forderungen an den Menschen heran. Die «Biblischen Bilder der Stadt» (*Gianfranco Ravasi*) waren insofern von Anfang an komplexer und anspruchsvoller als die antike Symbiose des Göttlichen und des Menschlichen, die eine Trennung von Religion und Politik kaum zuließ. *Erik Peterson* ist den Fragen der christlichen Dualität von Religion und Politik (Kirche und Staat) ein Leben lang mit Spürsinn und Aufgeschlossenheit für ihre aktuelle Bedeutung im Zeitalter der Totalitarismen nachgegangen. *Barbara Nichtweiß* stellt ihn als modernen Klassiker der christlichen Lehre vom Politischen vor. Die Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses im künftigen Europa und seiner vielfach geteilten Christenheit untersucht *Hans Maier*. *Ernst Suttner* liefert die ergänzende – in vielen Bereichen unauflösbar «andere» und antagonistische – Lesart der Orthodoxie zum Kirche-Staat-Problem.

Fazit: eine Ökumene der Religionen gibt es im zusammenwachsenden Europa nicht. Es gibt bislang nicht einmal eine Ökumene der christlichen Kirchen, die in Bezug auf den staatlichen Partner einig und handlungsfähig wäre. In der Europäischen Union sind die traditionellen christlichen Grundwerte mehr implizit als explizit vorhanden – der Versuch, sie zu explizieren ruft, wie die Arbeit an der Europäischen Verfassung zeigt, eher Streit hervor,

als dass er geeignet wäre, die Fundamente des Zusammenlebens sichtbar zu machen. So werden die christlichen Kirchen in Europa in einer ökumenischen Kraffanstrengung erst Maximen eines gemeinsamen Handelns entwickeln müssen, ehe sich die Politik herbeilässt, vom Christentum in der gleichen Weise Notiz zu nehmen, wie dies im «alten Europa» selbstverständlich war.

Hans Maier